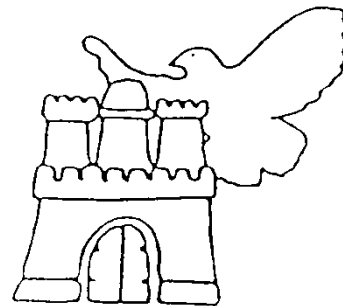


# HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

---



## Demonstration zum Antikriegstag 2012

### Samstag, 1. September 2012

- 12:00 Uhr Auftaktkundgebung bei der Friedenskirche (Otzenstraße);
- 13:00 Uhr Zwischenkundgebung Bruno-Tesch-Platz;
- 14:00 Uhr Abschlusskundgebung Kemal-Altun-Platz (Große Brunnenstraße, Ecke Ottenser Hauptstraße); dort findet im Anschluss ein internationales Friedens- und Freundschaftsfest der Kemal-Altun-Platz-Initiative statt.

## Nein zum Krieg

Im April 1945 brachten ehemalige KZ-Häftlinge ihre leidvolle Erfahrung aus der jüngsten deutschen Geschichte im Schwur von Buchenwald zum Ausdruck:

*Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.*

Sie zogen damit die Lehre aus zwei von deutschem Boden ausgehenden Weltkriegen und dem barbarischen Nazismus, der große Teile Europas mit Krieg, Terror und politischer Verfolgung überzogen hatte. Seit Ende der 1940er Jahre wird der 1. September – der Tag, an dem mit dem Überfall auf Polen der 2. Weltkrieg begann – als Friedenstag oder als Antikriegstag begangen, um die Erinnerung an die Schrecken von Faschismus und Krieg wachzuhalten sowie als Aufforderung, alles zu tun, dass so etwas nie wieder geschehe.

Die nach dem Krieg in unserem Land verbreitete Antikriegshaltung deckte sich zunächst mit den Interessen der Siegermächte, die Deutschland entmilitarisierten und Schritte zur Entnazifizierung einleiteten. Doch sehr bald wurde ein anderer Weg eingeschlagen: In der jungen Bundesrepublik konnten große Teile der Führungskräfte Nazideutschlands an ihre Karrieren im 3. Reich anknüpfen. Im hysterischen Antikommunismus des Kalten Krieges wurde 1955 die Bundeswehr gegründet und Deutschland remilitarisiert. Die Vorstellungen von Millionen, die sich damals in der Friedensbewegung engagierten, wur-

den missachtet. Die Friedensbewegung wurde verfolgt und als angeblich „vom Osten gesteuert“ mundtot gemacht.

Nach dem Anschluss der DDR an die BRD fielen die meisten Beschränkungen, denen das deutsche Militär als Folge der Zerschlagung Nazideutschlands 1945 noch unterlag. 1999 beteiligte sich die Bundeswehr an dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien; damit waren deutsche Soldaten erstmals seit 1945 wieder im Krieg.

Die historische Lehre, von deutschem Boden solle nie wieder ein Krieg ausgehen, wurde fallen gelassen. Die Opfer von Auschwitz wurden als Begründung für deutsche Militärpolitik missbraucht.

Seit Ende 2001 ist die Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz. Dem Krieg in Afghanistan fielen bislang Tausende afghanische Zivilisten durch direkte Kampfhandlungen und Zehntausende durch indirekte Folgen, wie Vertreibung, Hunger und Verelendung sowie mangelnde medizinische Versorgung, zum Opfer. Der Angriffskrieg der US-Regierung und ihrer „Koalition der Willigen“ gegen Irak wurde zwar vom damaligen Bundeskanzler Schröder medienwirksam abgelehnt, tatsächlich leistete Deutschland aber auch hier logistische und technische Unterstützung.

Alle diese Kriege sind mit dem Völkerrecht unvereinbar und die Beteiligung deutscher Soldaten ist grundgesetzwidrig.

# Nein zum militärischen Eingreifen in Syrien und im Iran

Heute werden Regierungen, die sich den Bestrebungen des Westens nach freiem Zugang zu billigen Rohstoffen und Märkten nicht bedingungslos unterwerfen, wieder mit Krieg bedroht. Menschenrechtsverletzungen dienen als Vorwand oder werden sogar inszeniert, um für die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen militärisch eingreifen zu können.

Im letzten Jahr wurde in Libyen das Gaddafi-Regime mit militärischer Unterstützung der NATO aus dem Amt gejagt und durch eine willfährigere Regierung ersetzt, wobei das Land in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt wurde, der bis heute anhält. Heute stehen Regimewechsel in Syrien und Iran auf dem Wunschzettel der US-Regierung und der EU.

In Syrien wird dafür der Bürgerkrieg angeheizt, wobei auch terroristische Kräfte logistisch und mit Waffen im Kampf gegen die Regierung unterstützt werden. Eine verhängnisvolle Strategie, wie die frühere Unterstützung

der US-Regierungen für Osama bin Laden und die Taliban zeigt.

Gegen den Iran wird dessen Atomprogramm ins Feld geführt. Unter Führung der Atommacht Israel wird Iran mit einem Militärschlag gedroht. Die westlichen Regierungen messen hier mit zweierlei Maß: Der Atomwaffensperrvertrag, auf den sich USA und EU berufen, erlaubt ausdrücklich die zivile Nutzung der Atomenergie, während die in dem Vertrag enthaltene Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung gerade von ebendiesen Mächten beharrlich missachtet wird. Israel ist – anders als der Iran – dem Vertrag gar nicht beigetreten, seine Atomwaffen und Atomanlagen unterliegen keinerlei internationaler Kontrolle.

Wir als Friedensbewegung lehnen prinzipiell jede Nutzung der Atomenergie ab, weil es keine rein friedliche Nutzung gibt, sondern die Beherrschung dieser Technik immer die Möglichkeit zum Bau der Atombombe eröffnet.

## Stopp der Rüstungsexporte

Der Export von Rüstungsgütern heizt bestehende Konflikte an, verschärft Kriege und Bürgerkriege. Deutschland ist heute das weltweit drittgrößte Rüstungsexportland. Deutsche Waffen werden zum Beispiel von Mexiko, der Türkei und Saudi-Arabien eingesetzt. Weltweit werden U-Boote und Kriegsschiffe, Kampfjets und Militärhubschrauber, Panzer und Raketenwerfer, Sturmgewehre und Maschinenpistolen, Lizenzen zur Waffenproduktion und ganze Rüstungsfabriken ausgeliefert.

Für die Menschen in den Empfängerländern sind die Folgen oft verheerend: Unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder erleiden schwere Traumata. Undemokratische Regime unterdrücken mit deutscher Hilfe ihre Bevölkerung. Selbst wenn die Waffen und Rüstungsgüter nicht eingesetzt werden, sind durch ihren Kauf finanzielle Mittel gebunden, die für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit einem militärischen Eingreifen und dem Liefern von Waffen an Staaten oder Interessengruppen werden die Hoffnungen auf ein Ende von Gewalt und ein besseres Leben in den betroffenen Ländern zunichte gemacht. Daher fordern wir anlässlich des Antikriegstags 2012:

- Sofortige Beendigung des Afghanistankrieges, Abzug der Bundeswehr und aller anderen ausländischen Truppen
- Keine militärische Intervention in Syrien und im Iran
- Stopp der EU-Marineoperation „Atalanta“ vor der Küste und auf dem Festland Somalias – Schutz der afrikanischen Küsten vor Raubbau an den Fischgründen
- Einberufung der von den UN beschlossenen Konferenz für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten
- Verbot aller Rüstungsexporte, insbesondere in Krisengebiete – keine Lieferung von U-Booten an Israel, keine Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien und Katar
- Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland
- Kein Export von vorgeblich ziviler Nukleartechnologie, da sie die Tür für militärische Nutzungen öffnet

### **Wer ist das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.?**

Wir kommen aus Friedensinitiativen, Gewerkschaften, Parteien und Kirchen oder sind Einzelpersonen, die am Frieden Interessierte zu gemeinsamem Handeln zusammenführen wollen. Wir veranstalten in Hamburg die Ostermärsche und die Antikriegsdemonstrationen zum 1. September und haben zu Demonstrationen gegen die Kriege gegen Jugoslawien, den Irak und Afghanistan aufgerufen. Weitere Informationen finden sich im Internet:

**[www.hamburger-forum.org](http://www.hamburger-forum.org)**